

Nein zu weiterem Sozialabbau und Privatisierung durch die EU!

NEIN zur Bolkestein-Richtlinie!

Neue EU-Pläne drohen zum umfassendsten Angriff auf öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherungssysteme seit Bestehen der EU zu werden. Mit einer Richtlinie zur Liberalisierung von Dienstleistungen im Binnenmarkt möchte EU-Kommissar Bolkestein nicht nur den Dienstleistungsbereich deregulieren, sondern auch gleich weite Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Sozialsysteme mitentsorgen.

„Die nationalen Vorschriften sind zum Teil archaisch, übertrieben aufwendig und verstoßen gegen das EU-Recht. Diese Vorschriften müssen schlichtweg verschwinden.“

Fitz Bolkestein, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Mitglied des von Hayek und Friedman mitgegründeten neoliberalen Elitenetzwerks Mont Pelerin Society, bei der Vorlage des Entwurfs der Dienstleistungsrichtlinie.

70% aller Beschäftigten arbeiten in der Mehrheit der EU-Staaten im Dienstleistungssektor. Von der neuen Richtlinie wären alle Branchen betroffen, die bisher nicht durch eine eigene Richtlinie liberalisiert sind. Es geht um alle Dienstleistungen, die gegen Entgelt erbracht werden, unabhängig davon, von wem sie bezahlt werden. Dazu zählen z.B. Zeitarbeit, Baudienstleistungen, Wachschatz oder Fremdenverkehr, aber auch Altenpflege, Gesundheitsdienstleistungen, der öffentliche Nahverkehr oder die Wasserversorgung.

Vorgesehen ist:

- X durch das Herkunftslandprinzip Dienstleister fast aller Branchen in weiten Bereichen nur noch den gesetzlichen Vorschriften ihres Herkunftslandes zu unterwerfen;
- X durch den gezielten Abbau von Kontrollmöglichkeiten die Überwachung von Vorschriften zum Schutz von Beschäftigten und VerbraucherInnen unmöglich zu machen;
- X Ausschreibungen für öffentliche Dienstleistungen wie Wasserversorgung oder öffentlichen Nahverkehr so zu gestalten, dass immer mehr öffentliche Dienstleistungen in private Hände fallen;
- X Gebietskörperschaften daran zu hindern, durch eine Beschränkung von Genehmigungen oder Auflagen regulierend in den Markt einzugreifen.

Mit der Durchsetzung des Herkunftslandprinzips würden in vielen Branchen und Bereichen, darunter auch im Arbeits- und Sozialrecht, 25 Rechtsordnungen parallel gelten. Niemand könnte mehr überblicken, was Recht und was Unrecht ist. Es käme zu Unternehmensverlagerungen in Länder mit den niedrigsten Standards. Für die Überwachung von Vorschriften wäre von wenigen Ausnahmen abgesehen das Herkunftsland verantwortlich.

Sollte die Mafia eine Lobby in Brüssel haben, sie würde für die Bolkestein-Richtlinie kämpfen!

Durch zahlreiche Verbote soll es den staatlichen Behörden unmöglich gemacht werden, zu kontrollieren, ob sich Unternehmen an staatliche Vorschriften halten. Behörden dürften von Dienstleistern nicht mehr verlangen, irgendwelche Erklärungen oder Meldungen abzugeben oder Genehmigungen zu beantragen. Selbst beglaubigte Übersetzungen oder das Vorhalten von Arbeitsverträgen oder Sozialversicherungsunterlagen am Erbringungsort dürfte nicht mehr vorgeschrieben werden. Statt dessen werden die Mitgliedsstaaten zu mehr zwischenstaatlicher Zusammenarbeit angehalten. In der Vergangenheit scheiterte das meist schon an Sprachproblemen. Wirksame Kontrollen und Strafverfolgung bei Gesetzesverstößen wären damit faktisch unterbunden.

Die Dienstleistungsrichtlinie kommt zu einem Zeitpunkt, an dem wichtige Konsultationen in der EU noch keine Ergebnisse gebracht oder bereits gescheitert sind. Dazu gehören die Konsultationen zur öffentlichen Daseinsvorsorge und zu Private Public Partnership und die Richtlinien zu Hafendienstleistungen und Zeitarbeit. Mit der Dienstleistungsrichtlinie sollen jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Staats- und Regierungschefs, darunter auch Schröder, haben auf ihren letzten Treffen immer wieder betont, dass sie der Dienstleistungsrichtlinie hohe Priorität einräumen. Trotzdem ist es noch nicht zu spät! Vor Inkrafttreten muss die Dienstleistungsrichtlinie Mehrheiten im Ministerrat und im EU-Parlament finden.

Jetzt aktiv werden gegen die Bolkestein-Richtlinie!

Industriegewerkschaft

Bauen-Agrar-Umwelt

Bezirksverband Berlin



attac

